

Grundzüge und Tendenzen der japanischen Außenpolitik

Main Features and Tendencies of Japan's Foreign Policy

Wilhelm Vosse

This article gives an overview of recent developments in Japanese foreign policy. It takes a closer look at the development of its bilateral relations with the United States, P.R. China, Republic of Korea, DPRK, Australia, and Latin America, as well as its multilateral relations with ASEAN and the EU. Following that, it takes a closer look into four policy areas, namely security policy, development policy, international environmental policy, and international trade policy.

The article argues, that between 2006 and 2007, Japan is not only continuing to build a closer security alliance with the United States, but that since the terrorist attacks of 9/11 and especially under PM Koizumi, this development has accelerated to an extent that the question about the abolishment of article 9 seems less significant. Especially given the now very close integration of Japan's tactical and strategic planning and command structure with that of the U.S. forces in Japan. Overall, there are numerous indications, from security to ODA policy, that Japan is gradually weakening the Yoshida doctrine and the belief in comprehensive security, and, by increasingly taking a larger role in East Asian security, »normalizes« its foreign and security policy. The question that remains in 2007 is, how its East Asian neighbors will react to these developments, and whether Japan will eventually develop a security policy more independent of the United States, perhaps by diversifying its security arrangements.

1 Überblick

Die Jahre 2006 und 2007 sind in der japanischen Außenpolitik geprägt von der Fortführung der Tendenz zur »Normalisierung« japanischer Außen- und Sicherheitspolitik. Besonders zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, sowie einer erstmaligen Ausweitung der Sicherheitspartnerschaft mit Ländern wie Australien, Indien, sowie der engeren diplomatischen Zusammenarbeit mit der Europäischen Union. Die letzten Monate der Amtszeit Koizumis im Jahr 2006 waren außenpolitisch zum einen von der Verschlechterung der Beziehungen zur VR China und zum anderen durch die Vertiefung der militärischen Kooperation mit den USA geprägt.

Nachdem Premierminister Koizumi angekündigt hatte, nicht wieder für das Amt zu kandidieren, begann im Sommer 2006 innerhalb der LDP ein Rennen um seine Nachfolge. Am Ende setzte sich Koizumis Regierungssprecher Shinzō Abe durch und wurde am 26. September 2006 mit einer deutlicher Mehrheit von 339 von 475 Stimmen im Unterhaus und mit 136 von 240 Stimmen im Oberhaus mit 52 Jahren Japans jüngster Premierminister der Nachkriegszeit. Abe gilt als konservativer Politiker, der unter anderem Koizumis Besuche zum Yasukuni Schrein immer verteidigt hatte, selber allerdings auf Nachfrage keine Aussagen zu seinen eigenen Besuchsabsichten machte. Außerdem lag ihm die Rückkehr zu traditionellen japanischen Werten sowie die Betonung von Patriotismus im Schulunterricht sehr nah, weshalb er insbesondere eine Reform des Erziehungsgesetzes (*kyoiku kihonhō*) forcierte, die patriotische Werte oder die »Liebe zum Vaterland« (*aikokushin*) wieder mehr in den Mittelpunkt des Bildungsideals rücken sollte.

Die japanische Bevölkerung wurde im Juli 2006 zunächst von einem Raketentest und im Oktober 2006 von einem Nukleartest in Nordkorea aufgeschreckt. Dies war ein weiteres Zeichen für die Bedrohung, die von Nordkorea ausgeht, und für die Bedeutung der bi- und multilateralen diplomatischen Initiativen (Sechs-Parteien-Gespräche), als auch für die Notwendigkeit des Aufbaus des im Dezember 2003 von der japanischen Regierung beschlossenen Raketenabwehrsystems.

Am 30. November 2006 führte Außenminister Aso Japans grundsätzliche diplomatische Bestrebungen zusammen und bezeichnete sie als »Bogen des Frieden und Prosperität« (Arc of Freedom and Prosperity). Gemeint war hiermit eine engere Kooperation zwischen Ost und West, vor allem Japans Kooperation mit Ländern Südostasiens (die VR China ist ausdrücklich nicht erwähnt), Indien, den ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien, sowie der Europäischen Union im Westen. Obwohl das Diplomatische Blaubuch 2007 ausdrücklich erwähnt, dass diese Zusammenarbeit nicht gegen China gerichtet ist, sondern vielmehr der Anspruch be-

steht, China mittelfristig einzubinden, scheint es neben der engeren Verflechtung der US-amerikanischen und japanischen Streitkräfte (s. u.) und dem japanisch-australischen Sicherheitsvertrag (s. u.) doch eine außenpolitische Konzeption zu sein, die Japan als Teil des westlichen Wertebündnisses angesiedelt sehen will. Zu verstehen ist dieser Bündnisversuch vor allem, wenn man das immer noch von der Geschichte und den Äußerungen und Taten japanischer Spitzenpolitiker belastete Verhältnis zu Südkorea und der VR China berücksichtigt. Nach einer weltweiten Umfrage der BBC (BBC WORLD SERVICE, 6.3.2007), die zur Jahreswende 2006/7 durchgeführt wurde, genießt Japan weiterhin ein ausgesprochen gutes Image in fast allen der 27 befragten Länder. Im Durchschnitt hatten 54% der Befragten ein eher positives Image von Japans Einfluss auf die Welt, und nur 20% ein eher negatives. Eine Ausnahme bildeten allerdings, wie bereits in den Jahren zuvor, die beiden Nachbarländer China und Süd-Korea. In China hatten 63% und in Süd-Korea 58% ein eher negatives Image von Japan. Für die japanische Regierung bedeutet dies, dass sie nicht nur in Nordamerika und Europa, sondern auch in Afrika, Lateinamerika und selbst im Nahen Osten diplomatischen Spielraum hat, sich aber verstärkt um ein besseres Verhältnis mit China und Korea bemühen muss.

Abes persönlicher außenpolitischer Schwerpunkt lag allerdings auf der Lösung des Problems der von Nordkorea in den 1970er und 1980er Jahren entführten Japaner (*rakishi mondai*). Für Japan stand die Lösung dieses Problem in den Sechsparteien-Gesprächen fast gleichwertig neben dem des nordkoreanischen Kernwaffenprogramms. Diese Schwerpunktsetzung hat jedoch letztendlich nicht nur die Beziehungen zum amerikanischen Kongress erschwert, sondern auch Einfluss in den Verhandlungen gekostet. Beim vorläufigen erfolgreichen Abschluss der Sechsparteien-Gespräche am 13. Februar 2007, nachdem die USA die Energieversorgung Nordkoreas garantiert hatte, spielte Japans Position um die Entführten nur noch eine sehr untergeordnete Rolle.

2 Bilaterale Beziehungen

2.1 USA

Das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, das nach den Anschlägen vom 11. September 2001 unter Premierminister Koizumi weiter vertieft and ausgebaut wurde, bleibt trotz des Beginns weiterer bilateraler Abkommen (s. u.) das bei weitem wichtigste Kernelement der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik. Beim Staatsbesuch Koizumis in den USA im Juni 2006 wurde darüber hinaus von beiden Seiten

großer Wert auf die Betonung des engen persönlichen und freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Premierminister Koizumi und Präsident Bush gelegt.

Für die Vereinigten Staaten bleibt Japan – neben Südkorea – der wichtigste Partner in Südostasien, und für Bush und Koizumi war die Stationierung der japanischen Selbstverteidigungskräfte im Samawah (Süd-Irak) in innen- und ausenpolitischer Hinsicht von großer Bedeutung. Bush konnte zeigen, dass wegen seiner militärischen Inaktivität das während des ersten Irak-Krieges in Amerika mit »Checkbook Diplomacy« geschmähte Japan, neben Südkorea, aktiv an der Seite Amerikas an der Irakmission beteiligt ist, und für Koizumi war es ein weiterer Schritt zur »Normalisierung« von Japans Außen- und Sicherheitspolitik. Bush betonte daher bei Koizumis Besuch mehrmals das enge Verhältnis der beiden Länder.

Koizumi und Bush verständigten sich bei ihrem Treffen am 29. Juni 2006 daher auf eine Vereinbarung mit dem Titel »US-Japan Allianz für das 21. Jahrhundert« (U.S.-Japan Alliance for the 21st Century), die neben der Betonung der gemeinsamen Werte und Interessen, die bilaterale sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit auf eine festere Basis stellen sollte (MOFA 2006d). Diese Vereinbarung basiert auf den im Februar 2005 erarbeiteten gemeinsamen strategischen Zielen (*common strategic objectives*) und der von den Außen- und Verteidigungsministern beider Seiten (2 + 2 Treffen oder SCC) im Mai 2006 (s. u.) vereinbarten engeren Kooperation im Bereich der Bekämpfung von Massenvernichtungswaffen sowie im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

Während dieses Gipfeltreffens betonte Premierminister Koizumi mehrfach die Bedeutung von gemeinsamen Werten wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte sowie von Marktwirtschaft und rechtsstaatlichen Prinzipien. Durch die Betonung dieser Werte und Prinzipien, die zweifelsohne auch die transatlantischen Beziehungen bestimmen, beabsichtigte Koizumi aber auch eine Abgrenzung gegenüber der VR China und die Betonung der Bedeutung des Konzepts des »Bogens von Frieden und Prosperität«.

Während Koizumi in seiner Amtszeit zu einer Reihe von äußerst medienwirksamen Besuchen in den USA war, wo er zuletzt im April 2006 zusammen mit Bush unter anderem Graceland in Memphis besuchte und Lieder von Elvis Presley zum Besten gab, konnte Abe während seiner nur knapp einjährigen Amtszeit nicht ein derart enges Verhältnis zur amerikanischen Regierung aufbauen. Nach der Amtsübernahme von Abe kam es erst am 18. Oktober 2006 während des Ostasiengipfels in Vietnam zu einem ersten Treffen zwischen Bush und Abe.

Abe und Bush trafen sich dann erst am 24. April 2007 während eines nur ein-tägigen Besuchs in Washington wieder. Nach seinen in den USA und vor allem auch im US-amerikanischen Kongress äußerst kritisch und negativ aufgenom-

menen Stellungnahmen zur Rolle der japanischen Regierung bei der Organisation von Zwangsprostituierten für die japanische Armee in China und Korea, versuchte Abe, ganz im Gegensatz zu seiner Europareise im Januar 2007, diesen Besuch äußerst *low key* zu halten. Die im Sommer 2007 verabschiedete Resolution des US-Repräsentantenhauses, in dem Japan aufgefordert wurde, sich eindeutig zu seiner Kriegsverantwortung zu bekennen, hat das Verhältnis zu den USA während der Regierungszeit Abes noch mehr belastet (NYT, 25.4.2007). Koizumi und Bush hatten dagegen ein nicht nur politisch, sondern auch persönlich sehr enges Verhältnis, trotz des zeitweiligen Unverständnisses in Washington über Koizumis Besuche des Yasukuni-Schreins und der Bedeutung, die er der Lösung des Problems der von Nordkorea entführten Japaner (*rakishi mondai*) beimaß.

2.2 China

Unter Premierminister Koizumi hatte das japanisch-chinesische Verhältnis sehr gelitten, was u. a. im April 2005 durch Protestbewegungen gegen japanische Einrichtungen in Shanghai und anderen chinesischen Städten deutlich wurde. Besonders negativ hatten sich die regelmäßigen Besuche Koizumis am Yasukuni-Schrein auf die Beziehungen ausgewirkt, die immer wieder zu offiziellen Protestnoten aus Beijing und Seoul führten.

Der neue Premierminister Abe überraschte dann viele, als er bei seiner ersten Auslandsreise als Premierminister statt nach Washington nach Beijing und Seoul aufbrach (JT, 12.10.2006). Am 8. Oktober 2006 traf Abe als erster japanischer Premierminister seit 2001, als Koizumi den damaligen chinesischen Präsidenten Jiang Zhemin traf, den chinesischen Präsidenten Hu Jintao in Beijing. Abe betonte bei diesem Treffen insbesondere die Verantwortung Japans für die Leiden vieler Menschen in den asiatischen Ländern (JT, 12.10.2006). Der Grundton aller Gespräche mit dem chinesischen Präsidenten, wie auch wenig später mit dem koreanischen Präsidenten Roh, war die Bereitschaft Japans, die Beziehungen zwischen beiden Ländern grundlegend zu verbessern, denn nur so könne Frieden und Sicherheit in Ostasien garantiert werden. Für eine langfristige Verbesserung der weiterhin von historischen Spannungen beeinträchtigten Beziehungen sollte dann noch die Einsetzung einer Historikerkommission sorgen. Besonders erwähnenswert und bedeutend für die chinesische und koreanische Seite war Abes Versicherung, dass seine Regierung den 1993 vom damaligen Regierungssprecher Kono ausgearbeiteten Bericht, der die Rolle des japanischen Militärs bei der Organisation und Verwaltung von so genannten »Trösterfrauen« (Zwangsprostituierte für japanische Solda-

ten) während des Krieges klarstellt, anerkennen werde. Weniger als ein halbes Jahr später merkte Abe dann jedoch an, dass die japanische Regierung zu keiner Zeit an der Anwerbung oder Verwaltung von Sex-Sklavinnen beteiligt war, was im März 2007 Abes Ansehen in den asiatischen Nachbarländern wieder stark relativierte (JT, 2.3.2007). Obwohl Abe weiterhin nicht klarstellen wollte, ob er die Absicht hatte, den Yasukuni Schrein zu besuchen, führte sein früher Besuch in China doch zunächst zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen und im April 2007 zu einem Gegenbesuch des chinesischen Premierministers Wen Jibao in Tokyo.

Während des ASEAN+3 Gipfels in Cebu (Philippinen) trafen sich am 14. Januar 2007 die Regierungschefs von Japan (Premierminister Abe), Südkorea (Präsident Roh) und der VR China (Premierminister Wen) zum 7. Dreiländergipfel. In der abschließenden Pressekonferenz betonten sie, dass alle drei Länder einen wesentlichen Anteil an der Stabilität und am Frieden in Ostasien haben und eine engere Koordination daher wichtig und notwendig sei.¹ Sie einigten sich darauf, die Zusammenarbeit auch auf den Gebieten Finanzen, Wissen und Technologie, Logistik, Gesundheitsfürsorge sowie Tourismus und Jugendaustausch zu verstärken. Die Wirtschaftsbeziehungen sollten durch bessere Logistik und langfristig durch Freihandelsankommen gesichert werden. Wichtig war in der Abschlusserklärung aber besonders, dass alle drei Länder ihre Sorge über den Raketen- und Nukleartest in Nordkorea teilen und versprachen, die UN-Sicherheitsratsresolutionen 1695 und 1718 (s. u.) zu implementieren. Ziel ihrer gemeinsamen Bemühungen sei die De-Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel.

Trotz der inzwischen wieder etwas schwieriger gewordenen chinesisch-japanischen Beziehungen, reiste der chinesische Premierminister Wen Jiabao vom 11. bis 13. April 2007 zu einem Staatsbesuch nach Japan. Wen wurde dabei nicht nur der erste chinesische Premierminister, der eine Audienz beim japanischen Kaiserpaar bekam, es war auch das erste Mal, dass ein chinesischer Premierminister im japanischen Parlament zu Abgeordneten sprechen konnte. Diese historische Rede wurde in beiden Ländern live im Fernsehen übertragen (JT, 13.4.2007). Wen schlug in seiner Rede dann auch einen sehr versöhnlichen Ton an und zollte Anerkennung für die japanischen Entschuldigungen für die Aggressionen in Asien und forderte die Menschen in beiden Ländern auf, sich zu versöhnen und für eine bessere Zukunft zusammenzuarbeiten (JT, 13.4.2007). Was die wirtschaftliche Zusammenarbeit betrifft, so bezeichnete Wen die beiden Volkswirtschaften als im Wesentlichen komplementär, und verband dieses mit der Hoffnung einer weiteren engeren Zusammenarbeit.

1. Joint Press Statement of the Seventh Summit Meeting among the Peoples Republic of China, Japan, and the Republic of Korea.

Genau so wichtig wie Wens Rede vor dem japanischen Parlament war sein für einen Vertreter der chinesischen Regierung eher untypisches – aber äußerst medienwirksames – Auftreten in der Öffentlichkeit. In den Medien sah man ihn u. a. morgens joggend im Yoyogi Park und mit Japanern sprechend und später mit einer Gruppe von Tai Chi Aktiven. Insgesamt kann dieser Besuch eines chinesischen Premierministers als sehr erfolgreicher Versuch bezeichnet werden, das Eis zu brechen (JT, 13.4.2007).

In einer gemeinsamen Erklärung betonten dann auch beide Seiten, dass die japanisch-chinesischen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil und auf gemeinsamen strategischen Interessen beruhen. Darüber hinaus wurde betont, dass man den Dialog und Austausch zwischen den Außenministerien zu Verteidigungsfragen, sowie den Jugend- und Kulturaustausch verstärken will (MOFA 2007b). Als konkrete Maßnahmen verständigte man sich darüber hinaus auf eine engere Kooperation bei der Energiesicherung und beim Umweltschutz, in der Agrar- und Pharmapolitik, im Bereich geistigen Eigentumsrechts, der Informationstechnologien, sowie in der Strafjustiz. Was die territorialen Streitigkeiten im Ostchinesischen Meer betrifft, so einigte man sich auf eine friedliche Kooperation und gab dieser die wohlklingende Bezeichnung »Meer des Friedens, der Zusammenarbeit, und der Freundschaft« (Sea of Peace, Cooperation and Friendship).

Des Weiteren sollte nicht unerwähnt bleiben, dass vereinbart wurde, vertrauensbildende Maßnahmen beider Länder besonders durch eine Reihe von Bildungs- und Kulturaustauschprogrammen zu fördern. Im Oktober 2006 haben Japan und China das Programm »Japan-China 21. Jahrhundert Austausch Programm« (Japan-China 21st Century Exchange Program) ins Leben gerufen. Nach Regierungsangaben sind in der Folge bisher über 1 000 chinesische Oberschulschüler nach Japan eingeladen worden, allerdings sind nur wenige japanische Oberschüler nach China gereist. Trotzdem kann man hier von einem wichtigen Projekt sprechen, das mittel- bis langfristig hoffentlich dazu beiträgt, die tief sitzenden Animositäten auch unter chinesischen Jugendlichen gegenüber Japan zu mindern. 2007 wurde das Japan-China-Jahr des Kultur- und Sportaustauschs ausgerufen. Im Jahr 2006 studierten über 80 000 chinesische Studenten an japanischen Universitäten, was etwa einen Anteil von Zweidritteln aller ausländischen Studenten ausmachte (MEXT 2006), im April 2007 war die Zahl auf 74 000 Studenten gesunken (MEXT 2007).

Auch das Handelsvolumen zwischen Japan und China ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Im Jahr 2006 hat China Waren im Wert von 118 Mrd. US-Dollar nach Japan geliefert (2005: 109 Mrd. US-Dollar), wohingegen der japanische Export nach China auf 92 Mrd. US-Dollar gestiegen ist (2005: 80 Mrd. US-Dollar)

(JETRO 2006). Die japanischen Direktinvestitionen in China beliefen sich im Jahr 2006 auf knapp über 6 Mrd. US-Dollar (MOFA 2007e).

Nach Jahren des Stillstands in den japanisch-chinesischen Beziehungen kann man die Zeit zwischen Mitte 2006 und Mitte 2007 zumindest in bilateraler Hinsicht als durchaus erfolgreich bezeichnen.

2.3 Südkorea

Die Beziehungen zwischen Japan und Korea gehören neben denen zu China zu den schwierigsten, da sie weiterhin historisch belastet sind. Wie im Fall von China hat auch die südkoreanische Regierung regelmäßig gegen Koizumis Besuche des Yasukuni-Schreins oder gegen die Zulassung von Schulbüchern an japanischen Schulen, die die japanischen Kriegsverbrechen und das Leid der Zwangsprostituierten nur am Rande oder gar nicht erwähnen, lautstark protestiert. Obwohl nach der oben erwähnten BBC-Umfrage das allgemeine Ansehen Japans in Südkorea weiterhin mit zu den schlechtesten der Welt gehört, war das diplomatische und politische Verhältnis allgemein besser. Gleich nach seinem Amtsantritt hat Premierminister Abe nach China auch Südkorea besucht und Präsident Moo-Hyun Roh zu Gesprächen getroffen. Während Koizumi nach seinem Besuch 2002 nicht mehr in China war und der letzte Besuch eines chinesischen Premierministers im Jahr 2000 stattfand (Premierminister Ruihuan), war Koizumi 2002, 2004 und 2005 in Seoul zu Gast gewesen. Abes Besuch am 9. Oktober 2006 kann man als Fortführung eines regelmäßigen Austausches beider Länder ansehen. Obwohl dieser frühe Besuch Abes in Seoul zunächst viel Hoffnung ausgelöst hatte, wurden diese in den folgenden Monaten durch seine Kommentare und das Fehlen von konkreten Schritten zur Verbesserung der Beziehungen eher enttäuscht.

2.4 Nordkorea

Nach den beiden Besuchen Koizumis im September 2002 und Mai 2004 in Pyongyang schien es eine Zeit lang, als ob Japan damit eine diplomatische Vorreiterrolle in den Beziehungen zu Nordkorea einnehmen könnte. Diese wurde aber aufgrund der einseitigen Betonung der Frage der entführten Japaner in den folgenden Jahren nicht ausgebaut.

Die Beziehungen zwischen Japan und Nordkorea leiden daher weiterhin schwer unter dem ungelösten Problem der entführten Japaner, von denen es im Jahr 2006

und bis Mitte 2007 kaum Neuigkeiten gab. Die Beziehungen beider Staaten und die Sicherheit in Nordostasien wurden am 5. Juli 2006 zunächst durch das Abfeuern von insgesamt sechs Kurz- und Langstreckenraketen vom Typ Taepodong 2 schwer belastet. Am 9. Oktober 2006 erklärte die nordkoreanische Regierung dann den erfolgreichen Abschluss eines Nukleartests im Norden des Landes. Obwohl es lange Spekulationen über einen solchen Test gab, hat die tatsächliche Durchführung die japanische Regierung in besonderer Weise beunruhigt. Diese beschloss daraufhin das Einlaufen des nordkoreanischen Frachtschiffs Mangyongbong-92 in japanische Häfen zu verbieten. Da allerdings der Güteraustausch und der Handel zwischen Japan und Nordkorea in den letzten Jahren aufgrund der angespannten Lage und einseitiger Sanktionen ohnehin sehr zurückgefahren worden war, hat diese Entscheidung wenig Einfluss auf die ohnehin unbedeutenden Handelsbeziehungen der beiden Länder.

Unter anderem aufgrund des diplomatischen Drucks von japanischer und US-amerikanischer Seite beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bereits zehn Tage nach dem Raketentest (15. Juli 2006) in der Resolution 1695 Nordkorea aufzufordern, seine ballistischen Waffentests umgehend einzustellen und zu den Sechs-Parteien-Gesprächen zurückzukehren. Die UN-Sicherheitsrats-Resolution 1718 vom 14. Oktober 2006 verurteilte dann den nordkoreanischen Nukleartest. Diese Resolution forderte weiterhin alle Mitgliedsländer auf, den Handel mit Nukleartechnologie, Großwaffen sowie Luxusgütern mit Nordkorea einzustellen und forderte strengere Inspektionen von Handelsschiffen nach Nordkorea (Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, 15.7.2006). Nach der Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche in Beijing, spielte Japan bei deren vorläufigem Abschluss im Februar 2007 eine eher untergeordnete Rolle.

2.5 ASEAN

Japans bilaterale und multilaterale Beziehungen zu seinen asiatischen Nachbarstaaten und zur ASEAN sind für Japan seit den 1970er Jahren von besonderer Bedeutung, da diese zu einer Diversifizierung der Energielieferung nach Japan beitragen und zum anderen Japans Führungsrolle in Ostasien stärken sollen.

Zwischen August und Oktober 2006 gab es eine Reihe von Gesprächen zwischen der japanischen Regierung und denen von Vietnam, Indonesien, sowie den Philippinen. Zwischen dem 14. und 15. Januar 2007 nahm Premierminister Abe am Zweiten Ostasiatischen Gipfeltreffen (Second East Asia Summit), dem ASEAN+3 und dem Japan-ASEAN Gipfel in Cebu auf den Philippinen teil. Auf dem Ostasiatischen

Gipfeltreffen schlug Abe eine Reihe von Initiativen zur Verbesserung der ostasiatischen Zusammenarbeit vor. Unter dem Titel »Asia Gateway« betonte Abe unter anderem die Bedeutung der Energiesicherheit, das von Japan initiierte Austauschprogramm für Studenten und Jugendliche (Pan-East Asia Network of Exchange for Students and Youths (JENESYS)), sowie die Zusammenarbeit auf den Gebieten Personalentwicklung und friedensbildender Maßnahmen (*peace building*).

Diese Initiativen sind jedoch insgesamt eher als vertrauensbildende Maßnahmen zu bezeichnen, die weder Japan noch ASEAN wirtschaftlich oder politisch wesentlich näher bringen. Für Japan sind seit langem die bilateralen Beziehungen zu einzelnen ASEAN-Mitgliedsstaaten wichtiger als die multilateralen. Wie später genauer dargelegt wird, hat Japan 2006 und 2007 eine Reihe von bilateralen Verträgen zur Erleichterung der Handelsbeziehungen abgeschlossen.

2.6 Australien

Die Beziehungen zu Australien wurden in diesem Jahr weiter intensiviert. Seit langem ist Japan Australiens wichtigster Handelspartner, aber durch die gemeinsame Beteiligung am sogenannten Kampf gegen den internationalen Terrorismus sind sich beide Länder noch näher gekommen und betonen auch die weitere Verstärkung der Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt des Jahres 2007 stand die Sicherheitspolitik (s. u.). Nach Besuchen von Außenminister Aso in Australien (März 2006), dem Besuch des australischen Außenministers Alexander Downer in Japan (Juli 2006) und den trilateralen Gesprächen über Maßnahmen gegen Terrorismus mit Vertretern der USA (23. Oktober 2006), beschlossen beide Länder am 13. März 2007 in Tokyo die »Gemeinsame Japanisch-Australische Erklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der internationalen Sicherheit« (Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation), dem ersten japanischen Sicherheitspakt neben dem mit den USA (s. Abschnitt »Sicherheitspolitik«).

2.7 Russland

Die Beziehungen zwischen Japan und Russland sind wegen der Streitigkeiten über die Kurileninseln weiter angespannt. Verschärft wurde das angespannte Verhältnis am 26. August 2006, als der russische Küstenschutz auf das japanische Fischerboot *Kisshin Maru No 31* schoss, es anschließend einnahm und die Mannschaft verhaftete. Obwohl die Mannschaft bis auf den Kapitän am nächsten Tag wieder freige-

lassen wurde, hat dieser Zwischenfall die bilateralen Beziehungen weiter belastet (MOFA 2006e).

2.8 EU

Die traditionell guten Beziehungen zwischen Japan und den Staaten der EU wurden 2006 und 2007 weiter intensiviert. Nach Vorstellungen der japanischen Regierung (Diplomatic Bluebook 2007) stellt Europa das westliche Ende des so genannten »Bogens des Friedens« (Arc of Freedom) dar.

Auf dem 15. Japan-EU-Gipfel am 24. April 2006 wurde der im Jahr 2005 beschlossene Aktionsplan zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Japan und der EU evaluiert, und es wurde festgestellt, dass man seither große Fortschritte gemacht hat. Auf dem Gipfel in Tokyo wurde die EU von Kommissionspräsident José Manuel Barroso und dem seinerzeitigen Ratspräsidenten, dem österreichischen Kanzler Wolfgang Schüssel, vertreten (MOFA 2006a). Fortschritte sahen beide Parteien insbesondere im Bereich der Forschung und Technologie, bei der Zusammenarbeit im Bereich der Fusionstechnologie im ITER-Projekt, bei der Zoll- und Handelspolitik und im Bereich des Wissenschafts- und Kulturaustausches insbesondere durch das EU-Japan-Jahr des Austauschs (2005 EU-Japan Year of People-to-People Exchange) mit über 1900 Veranstaltungen.

Für Japan ist es wichtig, im Bereich der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik gerade wegen der sehr engen Koppelung der nationalen Sicherheit Japans an die USA, auch unabhängige Akzente zu setzen. Die Kooperation mit der EU bietet dafür eine gute Gelegenheit und so unterstrichen beide Seiten im April 2006 auch die gemeinsamen Bemühungen zum Finden einer diplomatischen Lösung im Streit um das iranische Atomprogramm; zu einem Zeitpunkt, als die EU weiterhin versuchte, auf diplomatischem Wege eine Einigung mit dem Iran zu erzielen. Des Weiteren erwähnen beide Seiten ihre Bemühungen im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern, um zu einer friedlichen Einigung auf Basis der bestehenden Vereinbarungen zu kommen. Schließlich schließt sich die EU den japanischen Forderungen nach der Fortführung der Sechs-Parteien-Gespräche mit Nordkorea an und fordert Nordkorea auf, die Gespräche wieder aufzunehmen. Zwei weitere wichtige Themen auf dem EU-Japan-Gipfel waren wiederum die Zusammenarbeit im Bereich der Abwehr von Seuchenkrankheiten und Epidemien wie der Vogelgrippe und HIV/AIDS sowie die internationale Umweltpolitik.

Obwohl Japan selber große Schwierigkeiten hat, die im so genannten Kyoto-Protokoll vereinbarten CO²-Emissionswerte zu erreichen, bildet die Umweltpolitik in

den Verhandlungen mit der EU einen wichtigen Bereich, in dem Japan sich profilieren und in gewisser Hinsicht von den USA abkoppeln kann. Japan betont daher immer wieder die Bedeutung der im Montreal Action Plan vereinbarten Schritte zur Senkung der Treibhausgase und verweist auf seine 3R Initiative (s. u.).

Bei ihrem Europabesuch im Januar 2007 (9.–15. Januar) führten Premierminister Abe und Außenminister Aso Gespräche in Großbritannien, Deutschland, Belgien und Frankreich. Während der bilateralen Gespräche betonte Abe besonders seine Sorge über Chinas militärische Entwicklung. Dieser Besuch war in zweifacher Weise bemerkenswert: Zunächst war er zu diesem Zeitpunkt zwar bereits in China und Korea, aber noch nicht in Washington gewesen, und des Weiteren wurde Abe der erste japanische Regierungschef, der im NATO Hauptquartier sprach (JT, 13.1.2007). In seiner Rede vor der NATO betonte Abe, dass Japan bereit sei, eine größere internationale Verantwortung zu übernehmen. Abe betonte ebenso auch vor der NATO die nordkoreanische Bedrohung für Japan und die Bedeutung der Zusammenarbeit mit der NATO bei der Implementierung der Sicherheitsratsresolution 1718, um den internationalen Druck auf Nordkorea zu erhöhen.

Während seiner Gespräche mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in Berlin wurde auch über den misslungenen Versuch von Japan und Deutschland zusammen mit Indien und Brasilien einen permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat zu erhalten, gesprochen. In diesem Zusammenhang gab Abe unumwunden zu, dass Japans internationales Engagement auch zum Ziel hat, das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft zu erlangen, und damit die Chancen auf einen ständigen Sitz zu erhöhen (IHT, 12.1.2007).

2.9 Lateinamerika

Nachdem Japan und Mexiko 2005 ein Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (EPA) abgeschlossen hatten und dieses zu einer grundlegenden Ausweitung der Handelsbeziehungen und der gegenseitigen Investitionen geführt hatte, hat Japan im September 2006 auch mit Chile ein solches Abkommen verabschiedet (MOFA 2007d).

3 Politikfelder

3.1 Sicherheitspolitik

Im Juli 2006 hat Japan seine letzten Selbstverteidigungskräfte aus dem südirakischen Samawah nach Japan zurückgeholt und damit seine Wiederaufbauhilfe im Irak vorerst beendet. Japanische Luftverteidigungseinheiten sind jedoch auch weiterhin an Truppentransporten zwischen Kuwait und dem Irak beteiligt (JT, 11.2.2007).

Einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung »Normalisierung« seiner Verteidigungsstruktur wurde am 9. Januar 2007 mit der Umwandlung des Amtes für Selbstverteidigung (*boeicho*) in das Verteidigungsministerium (*boeisho*) abgeschlossen. Obwohl der Schritt von vielen als längst überfällig – aber auch als eher symbolisch – betrachtet wurde, hat das Verteidigungsministerium mit einem Verteidigungsminister nun erstmals die Möglichkeit, unabhängig vom Amt des Premierministers, dem es bisher unterstand, wie alle anderen Ministerien sein eigenes Budget in die Haushaltsverhandlungen einzubringen.

Der japanische Verteidigungshaushalt ist auch 2005 und 2006 auf dem Niveau von 1% des Bruttoinlandsprodukts geblieben und zwischen 2005 und 2006 sogar leicht von 4,868 Billionen Yen (2005) auf 4,824 Billionen Yen gesunken. Trotz Irakeinsatz, der Beteiligung am Kampf gegen den internationalen Terrorismus und der im japanischen Verteidigungs-Weißbuch und der in der Politik betonten von China und Nordkorea ausgehenden Bedrohung, ist der offizielle japanische Verteidigungshaushalt demnach zwischen 2001 und 2006 nicht etwa gestiegen, sondern um etwa 2,5% gesunken.

Am 1. Mai 2006 trafen sich die Außen- und Verteidigungsminister Japans und der USA (Außenministerin Rice, Verteidigungsminister Rumsfeld, Außenminister Aso und Staatsminister für Verteidigung Nukaga) zu einem weiteren Japan-US Beratungs-Kommissions-Gipfel (2 + 2 Treffen) in Tokyo. In diesen bilateralen Konsultationen, die ursprünglich aus dem reformierten Sicherheitsvertrag von 1960 hervorgegangen sind, wurden die Leitlinien der gemeinsamen Sicherheitspolitik erörtert. Im Mai 2006 ging es im Wesentlichen um die Weiterentwicklung der im Oktober 2005 vereinbarten Entscheidungen zur Ausweitung der Sicherheitskooperation in Südostasien. Im SSC-Treffen im Oktober 2005 waren bereits weit reichende Entscheidungen in Bezug auf die Truppenstationierung und die engere Kooperation der japanischen und US-amerikanischen Streitkräfte in Japan getroffen worden. Beide Seiten betonten, dass Japan und die USA gemeinsame Anstrengungen unternehmen werden, um die Systeme im Irak und in Afghanistan zu stabilisieren und zur Demokratisierung und zum Wiederaufbau beizutragen.

Beide Länder waren sich einig, Iran darin anzuhalten, sein Atomprogramm und insbesondere seine Aktivitäten zur Urananreicherung zu stoppen und mit der UN-Atomaufsichtsbehörde zu kooperieren. Japan und die USA fordern in ihrem Abschlussdokument Nordkorea auf, ohne Vorbedingungen zu den Sechs-Parteien-Gesprächen zurückzukehren.

Im Mittelpunkt der Gespräche im Mai 2006 stand jedoch die Intensivierung der Interoperabilität der japanischen und US-amerikanischen Streitkräfte, um besser auf Veränderungen in der regionalen und globalen Sicherheitsstruktur reagieren zu können. Bemerkenswert ist hier nicht nur die engere Kooperation auf Truppenebene, sondern auch die Tatsache, dass die japanische Regierung ihre Verantwortung nicht nur für die regionale sondern auch für die globale Sicherheit anerkennt und sich zur Zusammenarbeit verpflichtet. Im Einzelnen einigten sich Japan und die USA auf konkrete Schritte zur Umstrukturierung und Bündelung beider Streitkräfte in Japan (MOFA 2006c).

Im Einzelnen wurde Einigung über die Truppenumstrukturierung auf Okinawa erzielt sowie über den Bau einer neuen 1800 Meter langen V-förmigen Start- und Landebahn in Henoko, um den Flughafen in Futenma zu ersetzen. Darüber hinaus wurde beschlossen, bis 2014 8000 US-Marines von Okinawa nach Guam zu verlegen. Japan verpflichtete sich, von den Verlegungskosten von etwa 10 Mrd. US-Dollar, 6 Mrd. US-Dollar zu übernehmen, von denen etwa 2,8 Mrd. US-Dollar als direkte Zahlungen an die USA für den Bau von Militäreinrichtungen auf Guam entfallen. Auch wenn die Truppenverlegung langfristig für die Bevölkerung in Okinawa sicherlich zu einer Entlastung führen wird, hat die Entscheidung der japanischen Regierung eine solch große Summe für Infrastrukturmaßnahmen für die US-amerikanische Armee auf Guam direkt an die USA zu zahlen, in Japan sehr viel Kritik ausgelöst (JT, 16.4.2006). Positiv für Okinawa ist die Rückgabe von Land wie dem von Camp Kuwau, Camp Zukeran und Futenma, sowie die Nutzung von US-amerikanischen Einrichtungen zum gemeinsamen Training von US- und SDF-Truppen wie im Fall von Camp Hansen und der Kadena Airbase.

Die Zusammenlegung der Kommando-Strukturen hat des Weiteren zur Folge, dass das Hauptquartier der japanischen Zentraleingreiftruppen (*chūo soku shūdan*) bis 2012 von Nerima (Tokyo) auf die amerikanische Basis Camp Zama (Kanagawa) verlegt wird. Das Zentralkommando der japanischen Luftverteidigungstruppen (ADC) wird bis 2010 von Fuchu (Tokyo) auf den US-Luftwaffenstützpunkt Yokota (Fussa, Tokyo) verlegt. Schließlich wurde entschieden, das US-Lufttransportkommando (Carrier Air Wing) vom Atsugi Air Marine Corps zur Air Station Iwakuni (Yamaguchi) zu verlegen, um die Zahl der US-amerikanischen Truppen im Großraum Tokyo und Kanagawa zu verringern.

Um im Verteidigungsfall eine reibungslose Koordination der Kommando- und Befehlsstruktur zu gewährleisten, einigten sich beide Seiten im Mai 2006 weiterhin darauf, ab 2007 das gemeinsame Training von US-amerikanischen und japanischen Truppen auszubauen, und dabei auch Einrichtungen der japanischen Selbstverteidigungstruppen zu nutzen.

Das folgende Japan-US-Beratungstreffen (Japan-U.S. Security Consultative Committee, SCC) im Mai 2007 stand unter dem Eindruck des nordkoreanischen Raketenabschusses im Juli und des Atomwaffentests im Oktober 2006. Die Außen- und Verteidigungsminister beider Seiten begrüßten daher den vorläufigen erfolgreichen Abschluss der Sechs-Parteien-Gespräche am 13. Februar 2007. Beide Seiten betonten, dass das Ziel der Gespräche eine nuklearwaffenfreie koreanische Halbinsel sei (MOFA 2007c).

Japans Sicherheitspolitik wird seit langem innerhalb und außerhalb Japans dafür kritisiert, dass sie sich einseitig auf amerikanische Sicherheitsgarantien stützt und Japan damit fast zu einem Vasallenstaat der USA wird (etwa: MCCORMACK, 2007; TANTER 2007; JT, 15.3.2007). Vielleicht gerade wegen der oben beschriebenen voranschreitenden Integration der japanischen und amerikanischen Sicherheitsarchitektur hat Japan seit einiger Zeit versucht, diese zu diversifizieren. Am 13. März 2007 einigten sich der australische Premierminister Howard und Premierminister Abe auf einen Verteidigungspakt zwischen Japan und Australien. Die Japanisch-Australische Gemeinsame Erklärung zur Sicherheitskooperation (Australia-Japan Joint Declaration on Security Cooperation) sieht eine engere Zusammenarbeit der Nachrichtendienste (*intelligence sharing*), gemeinsame militärische Übungen für den Katastrophenfall und für UN-Blauhelmeinsätze, als auch eine gemeinsame Strategie zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und beim Umgang mit Nordkorea vor (MOFA 2007g).

Der Vertrag sieht aber, ähnlich wie bei der Zusammenarbeit mit den USA, regelmäßige sogenannte 2 + 2-Gespräche der beiden Außen- und Verteidigungsminister vor. Die engere Zusammenarbeit mit Australien wird weithin als der Beginn einer entweder trilateralen (USA, Japan, Australien) oder quadrilateralen (mit Indien) Allianzinitiative gesehen (ASIA TIMES, 15.3.2007).

Obwohl Howard und Abe bei der Unterzeichnung erklärten, dass dieser Vertrag nicht gegen China gerichtet sei (IHT, 13.3.2007), haben viele Beobachter Zweifel an dieser Einschätzung. Der ehemalige japanische Botschafter und führende konservative Kommentator Hisahiko Okazaki sieht diesen Sicherheitsvertrag mit Australien zusammen mit dem Beginn der engeren Kooperation zwischen den USA, Japan und Indien fast als eine Art »Entente« gegen China, wegen dessen wachsendem wirtschaftlichen aber auch militärischen Einflusses in Asien (OKAZAKI 2007).

Nachdem die japanische Regierung bereits im Dezember 2003 entschieden hatte, in Japan ein Raketenabwehrsystem (TMD) zu installieren, wurde am 27. Juni 2006 bekannt, dass die USA früher als geplant amerikanische Patriot Advanced Capability (PAC-3) in Japan installieren wird (EMBASSY OF THE UNITED STATES IN JAPAN, 27.6.2006; WASHINGTON POST, 27.6.2006). Dieses ist eine Reaktion auf die allgemein erhöhte Bedrohung, die von möglichen nordkoreanischen Raketenangriffen ausgeht. Nur wenige Tage nach dieser Entscheidung (5. Juli 2006) feuerte Nordkorea dann sechs Kurz- und Mittelstreckenraketen vom Typ Taepodong-2 ab.

3.2 Entwicklungspolitik

Japans offizielle Entwicklungshilfe (ODA) wurde in den 1970er Jahren neben dem Außenhandel zu einem der Grundpfeiler der japanischen Außenpolitik. Während Japan in der Sicherheitspolitik durch seine einseitige und enge Bindung an die USA nur sehr wenige Optionen hatte, konnte es seinen politischen und diplomatischen Einfluss durch die graduelle Steigerung seiner bilateralen Entwicklungshilfe vor allem in den Ländern Südostasiens ausbauen. Die Entwicklungshilfe- und die Handelspolitik bildeten daher den Kern seiner umfassenden Sicherheitspolitik (*comprehensive security*) (KEVENHÖRSTER und NABERS 2003).

Wegen der angespannten Haushaltslage und der hohen Staatsverschuldung (2006: über 160% des BIP) wurde das Entwicklungshilfebudget in den letzten Jahren deutlich zurückgefahren. In den letzten zehn Jahren sank das ODA Budget um etwa 40% (JT, 4.4.2007). Allein in den letzten drei Jahren sank es von 786 Mrd. Yen im Jahr 2005 auf 759 Mrd. Yen im Jahr 2006 und schließlich auf 729 Mrd. Yen im Jahr 2007 (MOFA 2006g, 2007f). Besonders im Licht der Aufmerksamkeit stand die im Jahre 2005 gefällte Entscheidung, die Entwicklungshilfe für China bis zum Jahr 2008 völlig einzustellen (DRIFTE 2006).

Nachdem Japan lange Zeit das nominal größte Geberland für Entwicklungshilfe war, und diese Tatsache für die japanische Regierung und die Bevölkerung gleichermaßen Anlass zu einem gewissen Stolz war, hat Japan vor einigen Jahren seinen Platz 1 an die USA verloren, und wurde 2006 von Großbritannien auf den dritten Platz verdrängt. Nach OECD-Angaben lag das japanische ODA-Netto (Zahlungen minus Kreditrückzahlungen der Empfängerländer) 2006 bei insgesamt 11,6 Mrd. US-Dollar, wohingegen das der USA bei 22,7 Mrd. und das von Großbritannien bei 12,6 Mrd. US-Dollar lag (JT, 4.4.2007). Das japanische Außenministerium versuchte daher im Herbst 2007, das ODA-Budget um 11% auf 815 Mrd. Yen zu erhöhen,

was aber aufgrund der angespannten Haushaltslage eher unwahrscheinlich zu realisieren sein wird (MOFA 2007f).

Um die verbliebenen Gelder strategisch besser zu nutzen, richtete die japanische Regierung im April 2006 den Rat für Internationale Wirtschaftszusammenarbeit (Overseas Economic Cooperation Council) ein. Der aus dem Premierminister und den Ministern des Auswärtigen, der Finanzen, sowie Wirtschaft und Handel bestehende Rat soll nach offiziellen Angaben die Entwicklungshilfe effektiver einsetzen. Ein weiterer Teil seiner Aufgaben besteht aber sicherlich ebenfalls darin, Entwicklungshilfeinvestitionen so zu steuern, dass Japans internationale Rolle und Einfluss auch in den Ländern Afrikas zunimmt. 2005 hatte der japanische Premierminister Koizumi angekündigt, die ODA auf rund 10 Mrd. US-Dollar zu erhöhen und die Förderung für Afrika innerhalb von drei Jahren zu verdoppeln. Im Jahr 2005 lag die Unterstützung für Asien bei 45% und für Afrika bei 19% (JICA ANNUAL REPORT 2006). Es ist anzunehmen, dass dies eine Lehre aus dem Reformprozess des Weltsicherheitsrates ist, bei dem Japan wenig Unterstützung aus Afrika bekam.

Das Außenministerium hat im August 2006 die Koordinationsaufgaben im Büro für Internationale Zusammenarbeit (International Cooperation Bureau) zusammengefasst. Seit November 2006 hat JICA dabei die Aufgabe bekommen, die technische Zusammenarbeit, sowie die ODA-Kredite und die finanziellen Zuschüsse zu verwalten (Revised Japan International Cooperation Agency (JICA) Law), bis die Reform von JICA im Jahr 2008 abgeschlossen sein soll.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Entwicklungspolitik für Japan weiterhin einen wichtigen Bestandteil seines außenpolitischen Handelns darstellt, und dass Japan durch die Verschiebung eines Teils der Mittel (sowohl finanzielle Mittel als auch in Form von Basisbüros in Äthiopien und etwa zehn weiteren afrikanischen Staaten) von Südostasien nach Afrika versucht, seinen Einfluss in diesem Teil der Welt zu steigern.

3.3 Internationale Umweltpolitik

Bemühungen Japans zur Verbesserung der Umwelt auf regionaler und globaler Ebene sind nicht erst nach den UN-Vereinbarungen zur Eindämmung der globalen Erwärmung in Kyoto (1997) ein fester Bestandteil der japanischen Außenpolitik. Umwelt ist inzwischen auch ein wichtiger Teil der japanischen Entwicklungspolitik.

Während des G8-Gipfels in den USA 2004 hat der damalige Premierminister Koizumi die sogenannte 3R Initiative ins Leben gerufen. Im Kern der 3R Initiative

steht der Umgang mit Abfällen und die Forderung, diese in Zukunft zu reduzieren, wiederzuverwenden und zu recyceln (*reduce, reuse and recycle*) (JT, 9.7.2007; JT, 1.5.2005). Auf der asiatischen 3R Konferenz im November 2006 in Tokyo mit Vertretern von 19 asiatischen Staaten als auch der G8 und der EU wurde unter anderem beschlossen, den Handel mit Giftmüll durch die Minderung von Einfuhrzöllen zu erleichtern, um so dessen Recycling in Industrieländern zu ermöglichen (MoE, 1.11.2006).

Einen weiteren Schwerpunkt der internationalen Umweltpolitik bilden bilaterale Vereinbarungen. Vor allem der Westen Japans leidet seit vielen Jahren unter Luftverschmutzung und den Folgen der Sandstürme im Nordosten Chinas. Japan hat daher ein besonderes Interesse an der Verbesserung des Umweltschutzes in seinem Nachbarland. Im April 2007 einigten sich Vertreter beider Länder deshalb auf eine gemeinsame Erklärung (Joint Statement by Japan and the People's Republic of China on the Further Enhancement of Cooperation for Environmental Protection) (MOFA 2007h). Hierin einigen sie sich darauf, sich aktiv um die Verbesserung der Wasser- und der Trinkwasserqualität in China zu kümmern und Recycling in beiden Ländern weiter voranzutreiben. Für Japan war besonders wichtig, dass sich nun auch die VR China stärker bemüht, zur Verringerung von Treibhausgasen beizutragen, um die Erderwärmung zu reduzieren, aber auch Maßnahmen zur Verhinderung oder zumindest Verminderung der Verbreitung des »gelben Sandes« in hohen Luftschichten zu intensivieren. Neben anderen Maßnahmen wie z. B. der Austausch wichtiger Daten für die Umweltbeobachtung über Giftstoffe, Chemikalien und Daten zur Luftqualität, sieht die Vereinbarung die Einrichtung eines chinesisch-japanischen Freundschaftszentrums für Umweltschutz (Sino-Japan Friendship Center for Environmental Protection) vor (MOFA 2007h).

3.4 Handelspolitik

Premierminister Koizumi äußerte seine große Enttäuschung nach dem vorläufigen Zusammenbruch der Doha Runde der Welthandelsorganisation (WTO) im Juli 2006 in Genf, vor allem weil man sich nicht über eine Neuregelung des Agrarhandels und der Absenkung von Agrarsubventionen einigen konnte (1. August 2006) (MOFA 2006h). Ohne die amerikanische Regierung direkt zu erwähnen, versprach Koizumi die Fortsetzung der Verhandlungen hin zu einer »proaktiven Agrarpolitik« (*seme no nōsei*), um gleichzeitig sowohl den japanischen Agrarsektor als auch die globale Wirtschaft zu fördern. Diese Aussagen machen aber nur deutlich, dass Japan weiterhin an seinen sehr hohen Zöllen und Quoten für Agrarprodukte fest-

halten will, um die japanische Landwirtschaft vor internationaler Konkurrenz zu schützen.

Einen weiteren Schwerpunkt der japanischen Handelspolitik bildete die Fortsetzung der Verhandlungen über Freihandels- (FTA) und Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (EPA). Zwischen April 2006 und August 2007 fanden eine Reihe von Verhandlungen zwischen Japan und den ASEAN-Staaten auf Grundlage des im Oktober 2003 verabschiedeten Grundlagenvertrags (Framework for Comprehensive Economic Partnership between Japan and the Association of South East Asian Nations) statt. Im Sommer 2007 konnte Japan dann mit sechs ASEAN-Staaten sogenannte bilaterale Wirtschafts-Partnerschaftsverträge (Economic Partnership Agreement) abschließen. Im Dezember 2005 mit Malaysia, im September 2006 mit den Philippinen, am 15. Juni 2007 mit Brunei, im August 2007 mit Indonesien und Singapur und im Oktober 2007 mit Thailand. Die Verhandlungen über den Abschluss von Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen mit Australien, Indien, Mexiko und der Schweiz dauern zur Zeit noch an, wohingegen die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Südkorea seit Oktober 2003 über einen ersten Bericht der gemeinsamen Studiengruppe nicht hinaus gekommen sind.

4 Ausblick

Die japanische Außenpolitik ist seit dem Ende des Kalten Krieges starken Wandlungen unterworfen, denn Japan musste versuchen, sich der veränderten Sicherheitslandschaft als auch veränderten weltwirtschaftlichen Strukturen anzupassen. Die Jahre 2006 und 2007 sind nicht nur eine Fortführung dieser Entwicklung, sie scheinen auch Ausdruck einer Geschwindigkeitszunahme zu sein. Während man in Japan unter anderem über die mögliche Veränderung von Artikel 9 der Verfassung diskutiert und es innerhalb der japanischen Gesellschaft viele Diskussionen vor allem aber auch Widerstand gegen eine Änderung gibt, hat die japanische Regierung die bereits bisher engen sicherheitspolitischen Beziehungen mit den USA weiter ausgebaut und intensiviert. 2007 wurde dann sogar entschieden, weite Teile der militärischen Kommandostruktur in Japan mit der der USA zusammenzulegen, so dass man sich Fragen muss, ob Artikel 9 überhaupt noch die Wirkung hat, die viele in Japan ihm bisher zugeschrieben haben (JT, 29.4.2007; Zur Debatte in Japan: HUGHES 2006).

Trotzdem geht die Diskussion über eine Änderung von Artikel 9 innerhalb der Parteigremien und des Parlaments weiter. Am 14. Mai 2007 erließ das Parlament ein Durchführungsgesetz, in dem es Einzelheiten zur Durchführung eines für

die Verfassungsänderung notwendigen Referendums regelt. Nach den verlorenen Oberhauswahlen im Juli 2007 und dem Regierungswechsel von Abe zu Fukuda im September 2007 scheint eine Änderung von Artikel 9 in nächster Zeit weniger wahrscheinlich. Ein weiterer Grund liegt in der immer noch gespaltenen Meinung innerhalb der Bevölkerung, die trotz der potentiellen Bedrohung von China oder Nordkorea einer Verfassungsänderung oder einer Steigerung des Verteidigungshaushalts eher ablehnend gegenüber steht (VOSSE 2006).

Gerade in den letzten beiden Jahren ist ein vermehrtes Interesse an Japans Außen- und Sicherheitspolitik zu beobachten (SAMUELS 2007; PYLE 2007; BERGER et al. 2007). Richard Samuels (2007) bietet hier eine aktuelle Analyse der verschiedenen Strömungen innerhalb der japanischen politischen Landschaft. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die an Artikel 9 festhalten wollen, die UN-Einsätze aber inzwischen weitestgehend gutheißen, auf der anderen Seite diejenigen, die Japan zu einem »normalen Staat« (*futsū no kuni*) machen wollen, der zwar unabhängiger ist als während des Kalten Krieges, in der Praxis dann aber entweder einseitig auf die amerikanische Sicherheitszusammenarbeit baut (Koizumi, Abe) oder Japan eher als verantwortlichen globalen Spieler sieht, der Entscheidungen möglichst durch die Vereinten Nationen absichern lässt (Ozawa), und letztlich diejenigen, die eher dort, wo es möglich ist, mit den asiatischen Nachbarn zusammenarbeiten wollen (Kono). Es fällt zunächst schwer, diese sich in vielerlei Hinsicht widersprechenden Strömungen in der Debatte über Japans außenpolitische Zukunft zu verstehen, was sicherlich auch Japans Nachbarn Schwierigkeiten bereitet.

Wirtschaftspolitisch scheint Japan allerdings den Kurs der letzten Jahre fortzusetzen und statt auf multi- eher auf bilaterale Zusammenarbeit und Freihandelsabkommen zu setzen. Wie bereits in den Tagen der Ressourcenpolitik in den 1970er Jahren unter Premierminister Fukuda bleibt die Energieversorgung und damit die Diversifizierung der Handelspartner von größter Bedeutung. Aufgrund der steigenden wirtschaftlichen Macht Chinas und der damit einhergehenden Zunahme seiner Ölimporte wird Japan zur Sicherung seiner eigenen Energieversorgung und seines Außenhandels mittelfristig kaum eine Alternative zu einer größeren Kooperation mit Asien haben. Ob es im Sicherheitsbereich allerdings neben den Verträgen mit den USA, den Vereinbarungen mit Australien und den Anfängen einer engeren Kooperation mit der NATO zu einer grundsätzlichen Umorientierung kommt, muss zunächst abgewartet werden, da inzwischen vieles vom jeweiligen Premierminister abhängt. Es wird sich zeigen, ob Japan nach der Regierungszeit Koizumis, die sehr weit reichende Änderungen in Japans Sicherheitsstrategie mit sich brachte, seine Position in Asien und in der Welt noch einmal neu definiert.

Literatur

- ASIA TIMES (15.3.2007), »The new security architecture: Binding Japan and Australia, containing China«
- BERGER, T. U., M. MOCHIZUKI und J. TSUCHIYAMA (Hrsg.) (2007), *Japan in International Politics. The Foreign Policies of an Adaptive State*, Boulder, Colo: Lynne Rienner Publishers
- BBC (BBC Newssite) (26.9.2006), »Abe elected as new Japan premier«
- BBC WORLD SERVICE (6.3.2007), »Israel and Iran Share Negative Ratings in Global Poll«, veröffentlicht auf der Seite: http://www.worldpublicopinion.org/pipa/pdf/mar07/BBC_ViewsCountries_Mar07_pr.pdf, S. 9–10, Zugriff am: 10.10.2007
- DRIFTE, REINHARD (2006), »The ending of Japan's ODA loan programme to China – All's well that ends well?«, in: *Asia-Pacific Review*, Vol. 13, H. 1, Mai 2006, S. 94–117
- EMBASSY OF THE UNITED STATES IN JAPAN (27.6.2006), »White House Report: Japan Cooperating on Missile Defense«, <http://tokyo.usembassy.gov/e/p/tp-20060627-11.html>, Zugriff am 15.10.2007
- HUGHES, C. W. (2006), »Why Japan Could Revise Its Constitution and What It Would Mean for Japanese Security Policy«, in: *Orbis*, 50(4), S. 725–744.
- HUGHES, C. W. (2005), »Japanese Military Modernization: In Search of a »Normal« Security Role«, in: TELIS, A. J. und M. WILLS (Hrsg.), *Strategic Asia 2005–06: Military Modernization in an Era of Uncertainty*, Seattle: National Bureau of Asian Research
- IHT (*International Herald Tribune*) (12.1.2007), »Japanese signal new era in ties with NATO: Abe tells alliance it seeks security role«
- IHT (*International Herald Tribune*) (13.3.2007), »Australia and Japan sign agreement on security«
- JETRO (2006), *JETRO White Paper on International Trade and Foreign Direct Investment 2006*
- JICA (Japan International Cooperation Agency) (2007), *Annual Report 2006*, Tokyo
- JT (*Japan Times*) (1.5.2005), »Hazardous waste needs extra effort, confab says«
- JT (*Japan Times*) (16.4.2006), »Burden-sharing must be fair«
- JT (*Japan Times*) (12.10.2006), »A step up toward better ties«
- JT (*Japan Times*) (13.1.2007), »Abe vows to boost NATO ties, give SDF global role for peace«
- JT (*Japan Times*) (11.2.2007), »Special Iraq airlift legislation to be extended by two years«

- JT (*Japan Times*) (2.3.2007), »No government coercion in war's sex slavery: Abe«
- JT (*Japan Times*) (14.3.2007), »Japan signs landmark security pact with Australia«
- JT (*Japan Times*) (4.4.2007), »Japan drops to third place in global ODA behind U.S., Britain«
- JT (*Japan Times*) (12.4.2007), »Wen arrives to ›melt ice,‹ promote ties«
- JT (*Japan Times*) (13.4.2007), »Wen works the public, trots out tai chi«
- JT (*Japan Times*) (13.4.2007), »Wen gives historic, upbeat Diet speech Premier asks both nations to reconcile«
- JT (*Japan Times*) (29.4.2007), »Who will defend Japan's Constitution?«
- KEVENHÖRSTER, PAUL und DIRK NABERS (2003), *Japans umfassende Sicherheit*, Hamburg: Institut für Asienkunde
- MCCORMACK, GAVAN (2007), *Client State. Japan in the American Embrace*, Verso, London und New York
- MOE (Japanisches Umweltministerium) (1.11.2006), »Asia 3R Conference Held in Tokyo«, http://www.env.go.jp/en/headline/file_view.php?serial=107&hou_id=221, Zugriff am 16.10.2007.
- MEXT (Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology), Student Servives Division (Hrsg.) (2006), »Wagakuni ryūgakusei seidō no gaiyou« [Überblick über das Studentaustausch-System in Japan], Tokyo
- MEXT (Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology), Student Servives Division (Hrsg.) (2007), »Wagakuni ryūgakusei seidō no gaiyou« [Überblick über das Studentaustausch-System in Japan], Tokyo
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2005), »Security Consultative Committee Document U.S.-Japan Alliance: Transformation and Realignment for the Future«, 29.10.2005, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/scc/doco510.html>, Zugriff am 20.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006a), »15th Japan-EU Summit. Joint Press Statement«, 24.4.2006, http://www.mofa.go.jp/region/europe/eu/summit/joint_o6o4.html, Zugriff am 22.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006c), »United States-Japan Roadmap for Realignment Implementation«, 1.5.2006, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/scc/doco6o5.html>, Zugriff am 25.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006d), »Japan-U.S. Summit Meeting: The Japan-U.S. Alliance of the New Century«, 29.6.2006, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/summito6o6.html>, Zugriff am 22.9.2007

- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006e), »Incident in the Waters Surrounding the Northern Territories in which a Japanese Fishing Boat was Fired upon and Seized«, 29.8.2006, <http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2006/8/0829-3.htm>, Zugriff am 2.10.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006f), »Japan-China Joint Press Statement«, 8.10.2006, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/joint0610.html>, Zugriff am 20. 9. 2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006g), »Japan's ODA General Account Budget by Ministry«, März 2006, <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/budget/2006-3.pdf>, Zugriff am 24.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2006h), »Comment by Prime Minister Junichiro Koizumi on the Suspension of the WTO Doha Development Agenda Negotiations«, <http://www.mofa.go.jp/announce/announce/2006/8/0801.html>, Zugriff am 30.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007b), »Japan-China Joint Press Statement«, 11.4.2007, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/pv0704/joint.html>, Zugriff am 1.10.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007c), »Joint Statement of the Security Consultative Committee Alliance Transformation: Advancing United States-Japan Security and Defense Cooperation«, 1.5.2007, <http://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/security/scc/joint0705.html>, Zugriff am 22.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007d), *Diplomatic Bluebook 2007*
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007f), »Joint Press Statement of the Seventh Summit Meeting among the Republic of China, Japan, and the Republic of Korea«, 14.1.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007e), »China Japan Relations«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/index.html>, Zugriff am 10.10.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007f), *Japans ODA General Account Budget by Ministry*, September 2007, <http://www.mofa.go.jp/policy/oda/budget/2008-2.pdf>, Zugriff am 30.9.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007g), »Japan-Australia Joint Declaration on Security Cooperation«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/australia/joint0703.html>, Zugriff am 2.10.2007
- MOFA (Ministry of Foreign Affairs) (2007h), »Joint Statement by Japan and the People's Republic of China on the Further Enhancement of Cooperation for Environmental Protection«, <http://www.mofa.go.jp/region/asia-paci/china/joint0704.html>, Zugriff am 17.10.2007

- NYT (New York Times) (25.4.2007), »Japan Premier to Visit a Politically Changed Washington«
- OKAZAKI, HISAHIKO (2007), »Entente to balance China«, in: JT (*Japan Times*), 30.4.2007
- SAMUELS, R. J. (2007), *Securing Japan : Tokyo's grand strategy and the future of East Asia* (Cornell studies in security affairs), Ithaca: Cornell University Press
- SICHERHEITSRAT DER VEREINTEN NATIONEN (15.7.2006), »Resolution 1695 (SC/8778)«, <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/sc8778.doc.htm>, Zugriff am 10.10.2007
- TANTER, RICHARD (2007), »The new security architecture: Binding Japan and Australia, containing China«, in: Nautilus Institute at RMIT (Hrsg.) Austral Policy Forum 07-07A, 15.3.2007, <http://www.nautilus.org/~rmit/forum-reports/0707a-tanter.html>, Zugriff am 30.9.2007
- VOSSE, WILHELM (2006), »Are American From Mars and Japanese from Venus? New Approaches in Explaining Different Public Attitudes Towards Foreign Policy in Japan and the United States«, in: *Journal of Social Sciences, Special Issue*, 16, S. 305–330
- WASHINGTON POST (27.6.2007), »U.S. to Deploy Patriot Missiles In Japan to Counter North Korea«